



N i e d e r s c h r i f t

über die 5. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 17.09.2024

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:34 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzende

Herr Oberbürgermeister Grantz

Herr Stadtrat Skusa

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann

In Vertretung für Herrn Ofcarek

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Ofcarek

Entschuldigt

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Hilck

In Vertretung für Frau Steinbach

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

Frau Stadtverordnete Milch

Frau Stadtverordnete Steinbach

Entschuldigt

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

AfD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Secci

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

WfB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Baltrusch

Einzelstadtverordneter Class Schott

Herr Stadtverordneter Schott

Entschuldigt

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortschaftspolizeibehörde:

Herr Ortgies

Bürger- und Ordnungsamt:

Herr Herbrig

Feuerwehr:

Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Herr Grantz richtet an den Ausschuss für öffentliche Sicherheit eine durch die Antikorruptionsbeauftragte überreichte Mitteilung, dass im Jahr 2023 für den Bereich Ausschuss für öffentliche Sicherheit keine Korruptionsfälle vorlagen und die Antikorruptionsbeauftragte daher darum bittet, von einer schriftlichen Berichterstattung abzusehen. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem zu.

1. Einwohnerfragestunde

Keine.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 14.06.2024 **I/XI 5/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt einstimmig die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

2.2. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV **I/XI 6/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

2.3. Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im Jahr 2025 **I/XI 7/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3. Bereich Polizei

3.1. Anfragen

Keine.

3.2. Anträge

Keine.

3.3. Mündlicher Vortrag - Vorstellung der Ergebnisse aus der Mitarbeitendenbefragung bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven durch Herrn Volker Ortgies

Herr Ortgies berichtet anhand einer Präsentation über die Ergebnisse aus der Mitarbeitendenbefragung 2024 und informiert darüber, dass der Abschlussbericht, der über 100 Seiten umfassen wird, noch nicht fertiggestellt ist. Sobald dieser zur Verfügung steht, wird er innerhalb der Ortspolizeibehörde veröffentlicht und den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Herr Ortgies geht in seinem Bericht zunächst auf das Befragungsinstrument, dann auf den Ablauf der Befragung und zuletzt auf die wesentlichen Kernergebnisse ein. Anschließend stellt Herr Ortgies das weitere Vorgehen dar.

Herr Freemann bedankt sich bei Herrn Ortgies für den Vortrag und hält die Mitarbeitendenbefragung für ein gutes Instrument, um Stimmungsbilder innerhalb der eigenen Belegschaft einzufangen. Aktuell zeigt sich Unzufriedenheit in allen drei Ämtern der OPB. Hierzu geht er auf den vorhandenen Personalmangel ein, der u. a. darauf zurückzuführen ist, dass die finanziellen Mittel für die zugesagte Zielzahl nicht zur Verfügung gestellt wird. Diese Mitarbeitendenbefragung sollte jetzt zum Anlass genommen werden, um nochmals in Richtung Bremen Druck aufzubauen. Diese Ergebnisse zeigen deutlich die Unzufriedenheit und zugleich auch die Gefährdung aller Mitarbeitenden.

Herr Jürgewitz erkundigt sich zu den Personalabgängen in Form von Kündigung durch die Mitarbeitenden und ob bekannt ist, was die Gründe dafür sind. Herr Ortgies berichtet u. a. von Kündigungen aufgrund von beruflichen Veränderungen. Im Nichtvollzug war z. B. der Hauptgrund für eine Kündigung die bessere Bezahlung durch den neuen Arbeitgeber.

Herr Timke bezieht sich auf die Unzufriedenheit aufgrund mangelnder Ausstattung und möchte wissen, ob hier kurzfristig nachgesteuert werden kann. Herr Ortgies geht hier auf die unterschiedlichen Bedarfe im Ermittlungsdienst und im Einsatzdienst ein. Hierzu muss im Rahmen der Aufarbeitung der Ergebnisse eruiert werden, wo die Bedarfe genau liegen und ggf. entsprechend nachgesteuert werden.

Herr Grantz wünscht hierzu in einer der nächsten Sitzung eine Vorlage mit einem Bericht über die durchgeführten Maßnahmen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

3.4. Mündlicher Bericht zur Situation Einbruchdiebstahl

Herr Siebert erläutert den Sachverhalt anhand des zusammengefassten Vortrags zum Thema „Einbruchdiebstahl“, den Herr Ortgies in der letzten Sitzung gehalten hat, um den eingeladenen Gästen Frau Wulff und Herrn Constien einen Überblick über das aktuelle Diskussionsthema „abgelehnte Haftbefehle durch die Staatsanwaltschaft“ zu geben. Herr Siebert geht hierbei auf die Entwicklung der abgelehnten Haftbefehle durch die Staatsanwaltschaft wegen des Vorliegens unzureichender Haftgründe ein, welche in der letzten Sitzung für Diskussionen gesorgt hat und der Wunsch aufkam, sowohl Frau Wulff als Präsidentin des Amtsgerichts Bremerhaven, als auch Herrn Oliver Constien als Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Bremen einzuladen, um hierzu offene Fragen zu beantworten bzw. darüber zu diskutieren.

Frau Milch bittet die beiden Gäste um eine Darstellung eben erwähnter Fälle aus ihrer Sicht.

Aus Sicht von Herrn Timke treffen wir mit dieser Situation das Rechtsempfinden der Bürger:innen und demotivieren die Polizei in ihrer Polizeiarbeit. Ebenso wird sich das auch auf die vor kurzem durchgeführte Mitarbeiterbefragung auswirken. Herr Timke richtet seine Frage an Herrn Constien, warum Täter, bei denen eine Wiederholungsgefahr besteht, nicht länger in Haft genommen werden können. Zudem möchte er wissen, wie häufig die Staatsanwaltschaft Bremerhaven im letzten Jahr beschleunigte Verfahren durchgeführt hat.

Herr Freemann geht auf die enorme Zunahme bei Kellereinbruchdelikten und Parzelleneinbruchdelikten ein und bezieht sich hierbei auf die Aussage von Herrn Ortgies, dass die Staatsanwaltschaft häufig Haftbefehle wegen unzureichender Haftgründe ablehne, obwohl die Polizei das anregt und möchte wissen, wie die Staatsanwaltschaft das bewertet.

Herr Jürgewitz möchte wissen, warum Mehrfach- und Serientäter nicht zeitnah aus dem Verkehr gezogen werden können, denn für jede Straftat gibt es ein bestimmtes Strafmaß. Zudem fragt er, warum diese Täter zu einer so kurzen Haft verurteilt werden.

Herr Constien bedankt sich für die Einladung und für das nun erlangte Bild davon, was das Hauptanliegen dieses Ausschusses ist. Er geht auf die einzelnen Fragen ein. In Bezug auf die Aussage, dass die Staatsanwaltschaft angeblich Haftbefehle nicht beantragt, obwohl die Polizei das anregt, bejaht Herr Constien dies mit der Begründung, dass für eine Beantragung bestimmte gesetzliche Voraussetzungen vorliegen müssen. Eine Aufklärung im polizeistatistischen Sinne (PKS) bedeutet lediglich, dass aus Sicht der Polizei ein strafprozessualer

Anfangsverdacht besteht, für die Beantragung der Untersuchungshaft jedoch ein dringender Tatverdacht vorliegen muss. Er lobt das gute Gespür der Polizei, jedoch liegen oftmals nicht genügend Erkenntnisse vor. Diese nach verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung aufgestellten Voraussetzungen sind durch die Staatsanwaltschaft sehr sorgsam zu prüfen und die von der Polizei angeregte Untersuchungshaft daher ggf. abzulehnen. Was die Anzahl der beantragten beschleunigten Verfahren angeht, wurde seitens der Staatsanwaltschaft im letzten Jahr kein beschleunigtes Verfahren im Bereich der dargestellten Delikte beantragt, da die hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorlagen.

Frau Wulff schließt sich zunächst den Aussagen von Herrn Constien an, stellt jedoch dar, dass Ihr aufgrund der Form der anonymisierten Darstellung keine Aussagen zu den vorgetragenen Fragen möglich seien, da jeweils der Einzelfall zu bewerten ist.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft wird hier von allen Seiten in den Vordergrund gestellt. Der Oberbürgermeister bedankt sich bei den Gästen Stephanie Wulff und Oliver Constien für ihr Erscheinen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zur Situation Einbruchsdiebstahl zur Kenntnis.

3.5. Verlängerung der Sperrbezirksverordnung Straßenprostitution I 7/2024

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt die als Entwurf beigefügte Verordnung über das Verbot der Prostitution.

3.6. Tätigkeitsbericht des Außendienstes (Ordnungsdienst) des Bürger- und Ordnungsamtes I 8/2024

Herr Timke stellt die Frage an Herrn Herbrig, ob neben der geplanten personellen Aufstockung auch geplant ist, dass der Ordnungsdienst Nachtschichten durchführt.

Herr Herbrig berichtet, dass an einem Konzept gearbeitet wird, welches die Durchführung von Einsatzzeiten im Nachtdienst durch den Ordnungsdienst vorsieht.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den anliegenden Tätigkeitsbericht des Außendienstes des Bürger- und Ordnungsamtes zur Kenntnis und begrüßt die vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit, um das Aufgabenspektrum des Außendienstes für die Bürgerinnen und Bürger transparenter darzustellen.

3.7. Änderung der Sondernutzungsgebührenordnung für Maßnahmen nach dem Bremischen Landesstraßengesetz I 9/2024

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt die Änderung der im Entwurf beigefügten Sondernutzungsgebührenordnung und bittet den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung um gleichlautende Beschlüsse.

3.8. Verschiedenes Polizei

Keine Wortmeldungen.

4. Bereich Katastrophenschutz

4.1. Anfragen

Keine.

4.2. Anträge

Keine.

4.3. Gemeinsames Projekt Santos (Brasilien) – Bremerhaven zur Entwicklung einer Resilienzstrategie zur Stärkung der Widerstands- und Anpassungsfähigkeit bei Katastrophen

**KatS - I
6/2024**

Herr Jürgewitz stellt die Frage, ob es tatsächlich sinnvoll ist, dass sich Bremerhaven mit einer Stadt in Brasilien vergleichen/identifizieren will. Es gibt doch sicherlich Orte, die dichter dran sind.

Herr Cordes erläutert, dass die Stadt Santos ähnlich geprägt ist wie Bremerhaven. Die Hälfte des Transport- und Güterverkehrs (Container- und Stückgutumschlag) Südamerikas wird über deren Hafen abgewickelt. Durch Eruiierung vor Ort konnte festgestellt werden, dass die Besonderheiten, die in Bremerhaven durch das stadtbremische Überseehafengebiet vorhanden sind mit denen in Santos vergleichbar sind. Weiterhin wurde festgestellt, dass man sehr viel aus dem Projekt auch für Bremerhaven mitnehmen kann. In Sachen Digitalisierung in der Feuerwehr- und Gefahrenabwehrwelt ist Brasilien in vielen Bereichen deutlich weiter fortgeschritten. Nach Bewertung der Gruppe vor Ort ist es also keine sogenannte „Entwicklungshilfe eines Zweiten- oder Dritten-Welt-Landes“, sondern ein partnerschaftlicher Austausch, bei dem für Bremerhaven hinsichtlich Strukturen und Aufbau, Reserven oder Logistik viel übernommen werden kann.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

4.4. Ergebnisbericht Katastrophenschutzübung 2024

**KatS - I
7/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.5. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

**KatS - I
8/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.6. Verschiedenes Katastrophenschutz

Herr Grantz resümiert, dass der Bundesweite Warntag am 12. September 2024 ein großer Erfolg war und alle kommunal zu verantwortenden Instrumente des Warnmixes reibungslos funktionierten. Weiter erläutert er, dass der weitere Ausbau des Sirennetzes im Sinne einer Verdichtung sich verzögert. Die beauftragte Fachfirma ist derzeit aufgrund der Auftragslage überlastet, da jetzt viele Kommunen ebenfalls in den Sirenenaufbau einsteigen.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

5. Bereich Feuerwehr

5.1. Anfragen

Keine.

5.2. Anträge

Keine.

5.3. Bericht zu Patientenzuweisungen im Rettungsdienst **XI 10/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zu den Patientenzuweisungen zur Kenntnis.

5.4. Zukunftsfähige Organisationsanpassung der Feuerwehr **XI 11/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und bittet das Dezernat XI um fortlaufende Berichterstattung zu den Ergebnissen.

**5.5. Sachstandsbericht - Teilnahme am DEICHBRAND-Festival für Personal-
werbemaßnahmen** **XI 12/2024**

Herr Skusa resümiert, dass die Veranstaltung für die Feuerwehr ein Erfolg war. Auch der initiierte Instagram-Auftritt hat sich als interessant erwiesen und eine hohe Resonanz erzeugt.

Herr Timke freut sich, dass man bei der Feuerwehr jetzt neue Wege geht, um Personalmaßnahmen durchführen zu können. Er fragt hierzu, ob diese Veranstaltung in Kombination mit der Polizei gelaufen ist um Synergieeffekte zu sammeln oder ob das ein Alleingang der Feuerwehr war.

Herr Cordes antwortet, dass die Veranstaltung ursprünglich zusammen mit dem Personalamt des Magistrats konzipiert wurde. Aus den Erfahrungswerten der erstmaligen Teilnahme am DEICHBRAND-Festival im letzten Jahr wurde sich allerdings auf die Feuerwehr konzentriert. Ein Austausch mit der Polizei findet laufend statt, aber es gibt auf dem Deichbrand keine kombinierte Werbemaßnahme, da Feuerwehr und Polizei durchaus andere Bewerberkreise haben.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

**5.6. Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle
Unterwese-Elbe (IRLS)** **XI 14/2024**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

**5.7. Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige
Feuerwehr Wulsdorf** **XI 15/2024**

Herr Skusa teilt mit, dass der Termin für die Einweihung auf den 26.10.2024 festgelegt wurde.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**5.8. Sachstandsbericht: Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt
Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“** **XI 16/2024**

Herr Skusa berichtet, dass bereits mehrere Angebote für die ehrenamtlichen Kräfte umgesetzt worden sind, die Teilnehmeranzahl aber noch ausbaufähig ist. Eine anlassbezogene weitere Berichterstattung im AÖS sagt er zu.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.9. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

XI 17/2024

Herr Skusa ergänzt zur Vorlage, dass bezüglich des Klageverfahrens des unterlegenen Bieters im Architektenwettbewerb seitens des Gerichts ein Vergleich angeregt wurde. Einem Vergleich wurde im Magistrat zugestimmt, sodass eine kurzfristige Auftragsvergabe zu erwarten ist. Er weist darauf hin, dass mit dieser Lösung eine Kostenreduzierung bei den Hochbaumaßnahmen um 1,8 Mio. € realisiert werden kann.

Auf Nachfrage von Frau Kirschstein-Klingner, ob es bereits ein Datum gibt, wann es endlich losgehen kann, berichtet Herr Skusa, dass vor Beginn des Hochbaus zunächst der Abschluss der Bauleitplanung abgewartet werden muss. Herr Cordes ergänzt, dass die laufende Bauleitplanung im stadtbremischen Planungsgebiet im Zeitplan liegt und die entsprechenden Deputationsbeschlüsse für 2025 erwartet werden.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.10. Fachkräftemangel – Sachstand zur Durchführung der Berufsausbildung zum Notfallsanitäter/zur Notfallsanitäterin

XI 18/2024

Herr Skusa berichtet, dass die Ausbildung der ersten sechs Auszubildenden zum Notfallsanitäter/zur Notfallsanitäterin zum 01.09.2024 begonnen hat. Diese erstmalig durchgeführte Ausbildung erscheint als vielversprechender Baustein gegen den Fachkräftemangel, da im Rahmen des Auswahlverfahrens 124 Bewerbungen eingegangen sind.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

5.11. Verschiedenes Feuerwehr

Frau Kirschstein-Klingner regt an, zeitnah zum Sachstand der neu eingerichteten Brandschauen zu berichten.

Herr Skusa sagt einen Bericht für die erste Sitzung des AÖS in 2025 zu.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Vorsitzender

Vorsitzender

Grantz
Oberbürgermeister

Skusa
Stadtrat

Schriftführung Bereich Polizei

Schriftführung Bereich Feuerwehr

Berndt

Mahlstedt